

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:310738-2012:TEXT:DE:HTML>

**D-Bonn: Betonarbeiten  
2012/S 189-310738**

**Auftragsbekanntmachung**

**Bauftrag**

Richtlinie 2004/18/EG

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31-37

Zu Händen von: Herrn Ley (Bewerbung)

53179 Bonn

DEUTSCHLAND

E-Mail: [Vergabe-Bonn@bbr.bund.de](mailto:Vergabe-Bonn@bbr.bund.de)

Fax: +49 2284011248

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)

**Weitere Auskünfte erteilen:** die oben genannten Kontaktstellen

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:** die oben genannten Kontaktstellen

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen

**I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

**I.3) Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

**II.1) Beschreibung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Deutsche Botschaft Kabul (Afghanistan), „Neubau der Kanzlei und des Nebengebäude“.

**II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Bauftrag

Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Kabul (Afghanistan).

NUTS-Code

**II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Das Baufeld Kanzlei wird bauseits durch eine Linie aus T-Barrieren vom übrigen Botschaftsgelände abgetrennt. Der Zugang/die Zufahrt zum hermetisch abgegrenztem Baufeld ist nur über gesicherte Schleusen möglich. Zuerst erfolgen der Abbruch von Nebengebäuden und der Rückbau von Verkehrswegen auf dem Baufeld der Kanzlei. Aufgrund der beengten Verhältnisse auf dem Baufeld werden im Anschluss die Tiefbauarbeiten in zwei Abschnitten durchgeführt: zunächst wird im süd-/östlichen Teil der Tiefbau des Nebengebäudes und des Verbindungskanals (Aushub, Rohbau UG und Verfüllen der Baugrube) und der unterirdischen Sprinklertank (BRI ca. 200 m<sup>3</sup>) aus Stahlbeton gebaut, danach erfolgt der Aushub und die Baugrubensicherung des Kanzleigebäudes.

Bei dem Kanzleigebäude, Nebengebäude und Verbindungskanal handelt es sich um hochbewehrte Massivbauten aus Stahlbeton. Bis zur Erdgleiche werden die unterirdischen Bauwerksteile aus was-serdichtem Beton (keine weisse Wanne) hergestellt. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse, der örtlichen Restriktionen bei Baustellenanlieferungen und der einzuhaltenden Sicherheitsanforderungen kommt der Aufrechterhaltung der kontinuierlichen Baustellenlogistik (z.B. durchgängige Beton-lieferungen, Größe der Betonierabschnitte) eine besondere Bedeutung zu.

An die Ausführungsqualität des Rohbaus (Maßhaltigkeit, Betonqualität, Termintreue) werden hohe Anforderungen gestellt, da für den weiteren Ausbau viele Bauteile nach theoretischen Maßen gefertigt und termingerecht eingebaut werden.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

45262300, 45112000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Kanzleigebäude BGF 4 870 m<sup>2</sup>.

BRI 20.100 m<sup>3</sup>.

L\*B\*H 56,70m \* 20,30m\* 12,0 m.

Nebengebäude BGF 440 m<sup>2</sup>.

BRI 1.640 m<sup>3</sup>.

L\*B\*H 20,00m \* 10,70m\* 6,10 m.

Verbindungskanal BGF 220 m<sup>2</sup>,

BRI 700 m<sup>3</sup>.

L\*B 35,50m \* 6,20m \* 3,2 m.

Art und Umfang der Leistung „Rohbau inkl. Baustelleneinrichtung u. Baugrube“.

— Baustelleneinrichtung Baufeld Kanzlei.

Einrichtung der Baustelle, Aufstellen von Aufenthalts-, Sanitär- Lager – u. Bürocontainer, Baufeldbeleuchtung, Lager- und Wegeflächen, Kräne und Kranfundamente.

(Größe des Baufeldes ca. 5 900 m<sup>2</sup>).

— Baugrubensicherung.

Baugrubensicherung als Trägerbohlverbau mit Rückverankerung ca. 300 m<sup>2</sup>.

Hinweis: Entgegen VOB DIN 18303 Nr. 3.1.2 wird die Wahl der Verbauart nicht dem AN überlassen sondern vom AG vorgegeben.

- Erdaushub – Aushub der Baugruben ca. 12 900 m<sup>3</sup>,
- Rohbauarbeiten ca. 2 300 m<sup>3</sup> Beton,
- Bewehrungsarbeiten ca. 1 870 to Baustahl,
- In-Betonarbeiten (Kernbohrungen/Durchbrüche TGA),
- Abdichtungsarbeiten ca. 1 250 m<sup>2</sup> Wandabdichtung,
- Dränage ca. 200 lfdm,
- Stahlbauarbeiten ca. 25 to Profilstahl,
- Rohbaurelevante TGA-Bauteile (Grundleitungen, Erdung, Einlegearbeiten Elektro etc.).

**II.2.2) Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

**II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 1.4.2013. Abschluss 31.10.2014

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Bedingungen für den Auftrag**

**III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Siehe Vergabeunterlagen.

**III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Siehe Vergabeunterlagen.

**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bewerber-/Bietergemeinschaften sind zugelassen, sofern sie für den Fall der Auftragserteilung eine Rechtsform annehmen, in der jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet (GbR/ARGE, Partnergesellschaft). Eines der Partnerunternehmen ist dem Auftraggeber als Ansprechpartner zu benennen und aus diesem Büro ist eine Person uneingeschränkt als Vertreter/-in für die Bewerber-/ Bietergemeinschaft zu bevollmächtigen.

Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zum Ausschluss sämtlicher davon betroffener Bewerbungsgemeinschaften.

Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmern sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung eines Bewerbers/ Bieters haben.

**III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

**III.2) Teilnahmebedingungen**

**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Vollständig ausgefüllter und von dem/den (bevollmächtigten) Vertreter/n des Bewerbers / der Bietergemeinschaft unterschriebener Bewerbungsbogen

2. Nachweis der Vertretungsbefugnis im Falle einer Bietergemeinschaft durch Vorlage der Vollmachtserklärung der Partner zugunsten des Unterzeichners der Bewerbung; Anlage zum Bewerbungsbogen

3. Angaben zu:

- Präqualifizierung,
- Gesellschaftsform,
- Firmendarstellung,
- Unternehmensstandorten,
- Angaben zur Zuverlässigkeit,
- Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft.

4. Erklärung zur Interessenverflechtung

Die geforderten Unterlagen (Bewerbungsbogen / Eigenerklärung / Vollmacht) sind abrufbar, siehe VI.3.

### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Angaben aus den Geschäftsberichten der vergangenen 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Angaben zur Personalentwicklung in den letzten 3 Jahren
  2. Angabe von 4 Referenzobjekten zu Bauen in Ortbetonbauweise, Bauen mit Sicherheitsanforderungen an die Baustelleneinrichtung, erhöhte Anforderungen an Baustellenlogistik, -Organisation und Transport, Realisierung des Rohbaus unter Beachtung von DIN/EN-Normen und Beschaffung von qualifizierten Baumaterialien aus DE/ EU, Durchführung von Baumaßnahmen unter Leitung eines eigenen Ing.-Teams mit europäischer Hochschulausbildung
- Mindestanforderungen.

Alle Projekte wurden innerhalb der letzten 5 Jahre begonnen.

Mindesten 2 Projekte sind bereits abgeschlossen.

3. Nachweis von Sprachkenntnissen

Mindestanforderungen an das vor Ort vorgesehene Leitungspersonal.

Deutsche oder englische Sprachkenntnisse.

5. Angaben zum internen Qualitätsmanagement

6. Angaben zur vorgesehenen baumaßnahmenbezogenen Personalstärke, -qualifikation, zum Nachunternehmereinsatz und der zur Verfügung stehenden technischen Ausrüstung.

Weitere Anforderungen an die Referenzprojekte des Bewerbers/ der Bietergemeinschaft und an die einzureichenden Unterlagen, sowie Angaben zur Bewertung: siehe Bewerbungsbogen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Alle Projekte wurden innerhalb der letzten 5 Jahre begonnen.

Mindesten 2 Projekte sind bereits abgeschlossen.

Deutsche oder englische Sprachkenntnisse.

### III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

#### III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

#### III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Verfahrensart**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 8

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Unternehmensdarstellung, Referenzen, fachliche Eignung, wirtschaftliche und finanzielle Eignung (sh. Bewerbungsbogen).

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

Vergabenummer: 2691/12

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

29.10.2012 - 20:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Bundeskartellamt – Vergabekammer des Bundes

Kaiser-Friedrich-Straße 16

53113 Bonn

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499400

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 107 Absatz 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften unverzüglich nach dem sie erkannt wurden, spätestens innerhalb von 8 Kalendertagen, bei dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Referat Vergabe - A 4, Deichmanns Aue 31-37, 53179 Bonn, gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus diesem Bekanntmachungstext erkennbar sind, müssen innerhalb der Frist zur Angebotsabgabe bzw. – bei Teilnahmewettbewerben – der Bewerbungsfrist gerügt werden. Hilft das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung der Rüge nicht ab, kann innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, ein Antrag auf Nachprüfung beim Bundeskartellamt unter der o.g. Anschrift gestellt werden.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – Referat Vergabe A 4.2

Deichmanns Aue 31-37

53179 Bonn

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 2284011272

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

27.9.2012